

## Scheiterte der Sozialismus aufgrund der Planwirtschaft?

Hier soll nicht behandelt werden, welche Gründe es für das Scheitern des Sozialismus gab, sondern ob die Planwirtschaft ein maßgeblicher war. Analysieren wir hierfür nicht den Aufbau dieser Wirtschaftsordnung, was wohl den Rahmen sprengen würde. Nur soviel darunter soll die zentrale, politische Planung der Wirtschaft, genossenschaftliche Kollektivierung und das Ende vom Privatbesitz an Produktionsmitteln verstanden werden. Vergleichen wir vielmehr die ökonomische Situation von Sieger und Besiegten und das der Einfachheit halber, anhand der DDR und der BRD, da sich ihre Voraussetzungen (beginnend 1945) ungefähr gleichen. War also das Ende des Sozialismus in der DDR („Wiedervereinigung“ genannt) wirtschaftlich begründbar?

Zumindest zu Beginn der Proteste 1989 stand die Planwirtschaft nicht in Frage, dass dies sich schnell änderte ist einer geschickten Propaganda und den historischen Ereignissen wie z.B. dem Fall der Mauer geschuldet. Hierfür seien kurz zwei Fakten erwähnt: Die Forderung nach der DM tauchte erstmals auf Demonstrationen, genau sechs Tage später auf, nachdem Kohl die Einführung, am 6. Februar 1990 als „Zugeständnis“, unter der Losung (welch Zufall): „Wenn wir nicht wollen, daß sie zur D-Mark kommen, muß die D-Mark zu den Menschen gehen“, bei der CDU/CSU Bundestagsfraktion ankündigte.<sup>1</sup> Des weiteren halten nach Umfragen heute viele Menschen ihren Lebensstandard in der DDR für besser als den in der BRD. Glaubwürdigkeit gewinnt dies, vor allem wenn man bedenkt, dass zur Lebensqualität nicht nur ein Auto und 40 verschiedenen Fernsehkanäle gehören, sondern kostengünstige Wohnung, Grundversorgung, kulturelles Leben usw. Auch wenn man als Indiz für soziale Sicherheit, die Bereitschaft versteht möchte, eine Familie zu Gründen, so sprechen die Zahlen für sich: 1980 wurden in der DDR statistisch zwei Kinder pro Frau geboren, 1990 waren es noch 1,5 und 1994 nur 0,7.<sup>2</sup>

Nichts desto trotz war die DDR alles andere als eine Demokratie und die Gestaltung eines freien Lebens höchst kompliziert, somit ein Ende des autoritären Parteiapparats längst überfällig. Ob die BRD, in der wir nun jetzt ja auch leben, aber wahrhaftig ein demokratischer Staat sei, bleibt mehr als fraglich. Wahrscheinlicher ist, dass durch den Systemwechsel ein hohes Maß an Gleichheit und ein geringes Maß an Freiheit, durch eine gegenteilige Proportion abgelöst wurde. Luciano Canfora schrieb hierzu: „Was am Ende [...] die Oberhand gewonnen hat, ist die ‚Freiheit‘. Sie ist im begriff die Demokratie zu besiegen. Wohl gemerkt nicht die Freiheit aller, sondern die Freiheit derjenigen, die aus dem Konkurrenzkampf als die ‚Stärkeren‘ hervorgehen“.<sup>3</sup>

Aber worin sich die DDR selbst am meisten desavouierte, war die Tatsache, dass eine Gleichheit der Menschen durch eine zunehmende, privilegierte Parteienelite untergraben wurde. Doch eine gesellschaftliche Veränderung, man mag sie nenne wie man will, musste nicht zwangsläufig in einen Anschluss von BRD und DDR münden. Am Ende hätte genauso gut ein demokratischer Staat ohne Privatbesitz an Produktionsmitteln stehen können und noch fantastischer, der das gesamte Bundesgebiet umfasst hätte. Doch allein diese reine Möglichkeit, einer lebenswerten Alternative zur kapitalistischen BRD, treibt den Herrschenden Angstschweiß auf die Stirn, weshalb von Anfang an klar gestellt wurde: Etwas anderes als die „Wiedervereinigung“ kann es nicht geben. Um dies auch argumentativ zu untermauern, wurde und wird die wirtschaftliche Situation der DDR in den schrecklichsten Bildern gemalt. Sie war bankrott, stand kurz vor der Zahlungsunfähigkeit, war also schlicht nicht mehr überlebensfähig. Die einzige Rettung bestand somit darin, sich in die schützende Obhut des „großen Bruders“ zu begeben. War dem aber so, war die DDR bankrott?

Nicht zu bestreiten ist, die Wirtschaftskraft der DDR war im Vergleich zur BRD wesentlich schwächer. Die Produktivität betrug nur 50% derer Westdeutschlands. Worin die Ursachen hierfür bestanden, wurde denen, die das Bildungssystem der DDR durchliefen schon früh vermittelt. Für alle anderen, seien an dieser Stelle die wichtigsten genannt.

Aufgrund von Reparationleistungen wurde in der SBZ 30% des Maschinenparks demontiert, in der Westlichen Besatzungszone waren es dagegen nur 3%. Zudem kam noch eine Entnahme aus der laufenden Produktion, so dass sich die Reparationslieferungen aus dem Osten auf einen Wert von 99 Mrd. DM beliefen und die aus dem westlichen Teil lediglich auf 2Mrd<sup>4</sup>. DM. Doch damit nicht genug, die BRD bekam stattdessen durch den Marshallplan noch zusätzliche 1,4 Mrd. US Dollar.

Nicht unerwähnt soll hier auch der Verlust von 2Mio. abgewanderten Menschen bleiben (12% der Ostdeutschen Bevölkerung), von denen viele hochqualifizierte Fachkräfte waren. Ohne diese Zuwanderung wäre die Industrieproduktion in der BRD um 18% niedriger und diese Studie bezieht sich nur auf das Jahr 1975.<sup>5</sup> Wie hoch heute der Prozentsatz ist, bleibt unermittelt. Es gab viele Gründe die DDR zu verlassen, darunter die Angst vor Stalinistischer Verfolgung, der Wunsch nach einem besseren Lebensstandard oder der Umstand, dass viele Unternehmen in den Westen gingen aus Befürchtung, im Osten enteignet zu werden, natürlich folgten diesen viele höhere Angestellte. Das interessanteste an den Gründen, für die schlechtere Wirtschaftsleistung, sind nicht unmittelbar sie selber, sondern dass heute kaum noch davon zu hören ist. Als Grund für die geringere DDR Produktivität wird allein die Planwirtschaft genannt.

Es ist keinesfalls strittig, dass diese Reparationen nach 1945 richtig und angebracht waren, sondern es sollte lediglich gezeigt werden, diese wurden allein vom östlichen Teil Deutschlands geleistet und von dem sich daraus ergebendem Rückstand, hat sich die Wirtschaft bis zuletzt nie erholt.

Trotz der oben genannten Schwierigkeiten bleibt unstrittig, die DDR Wirtschaft war äußerst robust. Berichte, dass diese Ökonomie Rang zehn in der Welt einnahm, wurden zu dieser Zeit im Westen meist als fantastische Propaganda abgetan, jedoch gehen heute ernsthaft objektive Ökonomen tatsächlich von einem beachtlichen 16. Platz aus. Besonders beeindruckend ist die Tatsache, dass die DDR bis zum Schluss ihres Bestehens in der Lage war, Löhne zu zahlen, den Verbindlichkeiten gegenüber ihren Gläubigern gerecht zu werden und die öffentliche Versorgung im vollen Umfang aufrecht zu erhalten und das obwohl nach der Öffnung der Mauer 780000 Menschen das Land verließen und daraufhin die Produktion, je nach Branche, um 5-10% zurückging.<sup>6</sup> Die Zahlungsunfähigkeit, die unmittelbar vor der Tür stünde erwies sich also, wie so vieles, als pure Propaganda und wurde sogar von westdeutschen Experten vehement dementiert, doch nahm dies niemand mehr so richtig zur Kenntnis. Es soll aber nicht davon ablenken werden, dass eine hohe Schuldenlast, vor allem gegenüber dem westlichen Ausland, den sozialistischen Staat drückte. Ostdeutschen Wirtschaftsexperten kamen deshalb zu der Einsicht, dass die Exporteinnahmen mittelfristig gesehen nicht ausreichen würden, um die Zinsen zu begleichen. Darum gab es mit dem Ende der Regierung Honecker das Bestreben, durch Wirtschaftsreformen eine drohende Zahlungsunfähigkeit abzuwenden, um nicht unter das Diktat des IWF zu fallen. Das man am Schluss unter das Diktat der BRD viel, war da noch nicht abzusehen. Aber bei dem Versuch herauszufinden wie hoch die Schulden letztendlich tatsächlich waren, begegnet einem wieder die vehemente Westdeutsche Propaganda. So weigert sich die Bundesregierung bis heute eine Abschlussbilanz der DDR Wirtschaft vor zu legen, wie sie im Artikel 25 des Einigungsvertrages festgeschrieben wurde, es ist nicht der erste und auch nicht der letzte Bruch dieses Vertrages. Zur Begründung für die Weigerung wird verlautbart, eine Überschuldung sei offensichtlich und bedarf deshalb keiner weiteren Überprüfung. Das es aber in erster Linie nicht darum geht ob es eine Verschuldung gab, sondern wie hoch diese war, weiß auch die Regierung und sie setzt darum alles daran, dass einmal entstandene Vorstellungen auch beibehalten bleiben. Siegfried Wenzel geht davon aus, dass es sich um 23,3 Mrd. DM Auslandsschulden und 38. Mrd. DM Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Bevölkerung handelte. Was eine Pro Kopf Verschuldung von 3625 DM ergibt. Zum Vergleich in der Bundes Republik lag diese im selben Zeitraum bei 15000 DM.<sup>7</sup> Damit naheliegende Schlussfolgerungen sich nicht allzu sehr aufdrängen, werden deswegen in den meisten Statistiken die ostdeutschen Schulden durch weitere angebliche Verbindlichkeiten aufgebläht. Darunter zählen z.B. 26 Mrd. DM Restausgleichsposten aus der Währungsumstellung und 104 Mrd. DM Altschulden der Treuhandbetriebe, was im Prinzip lediglich interne Verrechnungen waren, also Schulden der Staatsbetriebe gegenüber dem Staat. Etwas Objektivität findet man dagegen in der Schweiz. Bei einer Skala, der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Zürich, in der die Kreditrückzahlungen im Verhältnis zum Export gemessen wird, belegte die DDR kurz vor ihrem Ende Rang 44. Was bedeutet, rund 150 Länder waren noch schlechter, ohne dass sie sofort aufgelöst und abgewickelt werden mussten.<sup>8</sup>

So müssen bis heute als Hauptindizes für die „desaströse“ Wirtschaft die Schulden der Treuhandanstalt und die vielen Finanzhilfen aus dem Westen herhalten. Allzu sehr ins Detail wird

dabei, aber besser auch nicht gegangen, sonst entdeckt man, nicht so sehr ins Bild passende Tatsachen. Wie z.B. das die Treuhandanstalt einen Wert von ca. 600 Mrd. DM an Produktionsmittel und 400 Mrd. DM an Immobilien besaß. Nachdem alles verkauft wurde blieben, 260 Mrd. DM Schulden. Wie kann das sein? Es wird so argumentiert, die Betriebe waren marode, so dass sie nicht verkaufte werden konnten, sondern Arbeitsplätze mussten eingekaufte werden. Bedenkt man aber, dass es in den neuen Bundesländer eine unbeschönigte Arbeitslosenquote von 32% gibt und 80% der Industriearbeiter nach der Wende ihren Job verloren haben, scheint dies nicht so richtig funktioniert zu haben.<sup>9</sup> Vielmehr kauften westliche Konzerne ostdeutsche Unternehmen, meist für eine symbolische Mark, kassierten Milliarden Subventionen, um dann die Konkurrenten im Osten -denn das waren sie letztendlich- still zu legen. Die Treuhandanstalt tat das Ihrige zu dem Schuldenberg. Wenn sie pro Jahr 360 Mio. DM Honorare für eigene Mitarbeiter und 460 Mio. für externe „Berater“ ausgab.<sup>10</sup>

Der eigentliche Crash und das Ende der DDR Ökonomie, mit einer Deindustrialisierung um 70%, fand mit der so genannte „Währungsunion“ statt. Tatsächlich war es einfach die Übernahme der D-Mark und damit verbunden eine künstliche Aufwertung der Ostwährung um 400%. Dies hätte jede noch so starke Wirtschaft zerstört, darin sind sich fast alle einig. Auf einen Schlag waren die Betriebe nicht mehr konkurrenzfähig, da die Löhne 1:1 (eine DM gleich eine Ost-Mark) umgestellt wurden, ohne dass sich die Produktivität steigerte. Sparguthaben der Bevölkerung stellt man natürlich 1:2 um. Jedem EU Beitrittsland und selbst 1957 dem Saarland ist eine Übergangsphase, mit eventuellen Schutzzöllen gewährt worden, der DDR nicht. Sie musste sofort ihren Markt billigeren Westprodukten öffnen, die den Absatz, auch des letzten Ostbetriebes vernichtete.

Heute reden sich viele Politiker heraus; die möglichen Folgen waren nicht bekannt, man entschied spontan, um die Gunst der Stunde zu nutzen usw. Doch das Gegenteil war der Fall. Nicht nur, dass alle Ökonomen, bis hin zum Chef der Bundesbank, vor den Folgen im voraus warnten, auch war der Ablauf des Anschlusses, bereits seit 1952 in aller Einzelheit geplant. Dazu gründete sich extra am 20. März 1952 der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands.<sup>11</sup> Die Leitung hatte ein gewisser Dr. Friedrich Ernst inne. Ein ehemaliger NS Ökonom, der sein Fachwissen bereits bei der Behandlung feindlichen Vermögens in den besetzten Ostgebieten erwerben konnte. Deren Anschluss wurde fast genauso betrieben, wie der, der DDR. Einsetzung einer Treuhandanstalt, Einführung der eigenen Währung, mit künstlicher Aufwertung, um die Kontrolle über die feindliche Wirtschaft zu erlangen und der vermehrte Einsatz von Propaganda. Alles Maßnahmen wie sie 50 Jahre später wieder betrieben wurden und seit den 60'er Jahren in den Bonner Schubladen, unter dem Namen; „Maßnahmen für den Tag X“, lagen. Nicht nur der Einsatz von Propaganda hat demnach schon länger Tradition in Deutschland.

Zum Schluss noch einmal die Frage; war die DDR Bankrott? Damit dies nicht eine rhetorische Frage bleibt, sei hier eine sehr interessante Antwort von Daniela Dahn gegeben:

„These: Bankrott bedeutet Zahlungsunfähigkeit, und Zahlungsunfähigkeit bedeutet Konkurs und Schließung.

Antithese: Schließung einer Volkswirtschaft gibt es nicht.

Synthese: Bankrott einer Volkswirtschaft gibt es nicht.“<sup>12</sup>

Und zur Frage; ist das Scheitern ökonomisch begründbar?

Der Sozialismus und seine Ökonomie sind gescheitert, aber der Sozialismus ist nicht an der Planwirtschaft zugrunde gegangen.

- 1 Horst Telschik, „329 Tage. Innenansicht der Einigung“, Berlin 1991, S.129
- 2 Uwe Müller, „Supergau Deutsche Einheit“, Rowohlt 2005, S.109, S.127
- 3 Luciano Canfora, „Eine kurze Geschichte der Demokratie“, PapyRossa 2006, S.356
- 4 Vgl. Siegfried Wenzel, „Was war die DDR wert?“, Das Neue Berlin, 2006
- 5 Uwe Müller, „Supergau Deutsch Einheit“, Rowohlt 2005, S.57
- 6 Siegfried Wenzel, „Was war die DDR wert?“, Das neue Berlin 2006, S.92f
- 7 Ebenda, S.28ff
- 8 Daniela Dahn, „Wir bleiben hier, oder Wem gehört der Osten“, Rowohlt 2003, S.53
- 9 Paul Windolf, „Warum blüht der Osten nicht?“, edition sigma 1999, S.72
- 10 Vgl. Ralph Hartmann, „Die Liquidatoren“, Neues Leben 1997
- 11 Vgl. Karl Heinz Roth, „Anschließen, angleichen, abwickeln“, Konkret Verlag 2000
- 12 Daniela Dahn, „Wir bleiben hier, oder Wem gehört der Osten“, Rowohlt 2003, S. 57